

# Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

## und Anzeiger

Erscheint jeden Sonntag nachmittags — Fernspr. Nr. 11.  
Postfachkonto Leipzig 28 464. — Gemeindegeldkonto 14. —  
Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Zweigstelle Hohenstein-Ernstthal. — Anwerbsamt eingetragene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. — Einladungen ohne Namensnennung haben keine Aufnahme.

Bei Regen, Konturen, Vergleichen usw. wird der Brutto-  
betrag in Rechnung gestellt. Im Falle höherer Gewalt —  
Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes  
der Zeitung, der Lieferanten oder der Verlegerungs-  
einrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfahrung  
oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des  
Bezugspreises.

Hohenstein-Ernstthaler Zeitung, Nachrichten und Neueste Nachrichten

Generalanzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Gättengrund, Oberlungwitz, Gersdorf,  
Gernsdorf, Bernsdorf, Röseldorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Langenschursdorf, Reichen-  
bach, Callenberg, Grumbach, Tirschtal, Ruchsnappel, St. Egidien, Wilsenbrand, Erlina,  
Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Ruchdorf.



Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, Finanzamts und  
des Stadtrats zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften.

Druck und Verlag von Dr. Alban Frisch.

Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch.

Nr. 298

Der Preis der einblättrigen Anzeigenzelle beträgt 15.  
der Kleinanzeigen 45 Goldpfennige. Für den Nachweis  
werden 15 Goldpfennige berechnet.

Donnerstag, den 24. Dezember 1925

Bezugspreis halbjährlich 80 Goldpfennige  
einschließlich Trägerlohn.

75. Jahrg.

### Die Einladung zur Abrüstungs- Konferenz

Von unserem Berliner Vertreter  
Berlin, 24. Dezember

Nachdem nunmehr das Einladungs-  
schreiben des Völkerbundesrates an die  
Reichsregierung zur Teilnahme an den  
Vorbesprechungen zur internationalen  
Abrüstungskonferenz im  
Wortlaut veröffentlicht worden ist, sind die poli-  
tischen Kreise in der Lage, schon jetzt zu der gan-  
zen Materie Stellung zu nehmen. Das Urteil  
der maßgebenden politischen Persönlichkeiten  
geht dahin, daß der Völkerbundsrat in der Auf-  
stellung des Programms sich der größten Vor-  
sicht bedient hat und daß infolge der starken  
Angrenzungen des ganzen Fragenkomplexes eine  
nicht zu unterschätzende Erschwerung der  
bedauerlichen Vorverhandlungen zu erwarten  
sein wird. Die Kommission, die als vorberei-  
tende Instanz am 15. Februar 1926 in Genf zu-  
sammentreten wird, um die Einberufung einer  
Abrüstungskonferenz zu ermöglichen, sieht sich  
vor die schwierigste Aufgabe gestellt, erst einmal  
ein wirkliches Verhandlungsprogramm für eine  
offizielle Konferenz zusammenzustellen, ein Pro-  
gramm, das allen beteiligten Mächten die Mög-  
lichkeit bietet, an der Konferenz mitzu-  
wirken. Man hat nicht nur Deutschland, son-  
dern auch Rußland und die Vereinigten Staa-  
ten von Amerika eingeladen und schon daraus  
ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, diese  
Mächte in keiner Weise zu provozieren, damit  
nicht der eine oder der andere Teil unter Protest  
die Weiterbeteiligung an den Verhandlungen  
ablehnt. Dieser mühsame Weg, den man er-  
wählt hat, um überhaupt zu einer internationa-  
len Abrüstungskonferenz zu kommen, wird lei-  
der durch die vom Völkerbund aufgestellten  
Programmpunkte eher erschwert als erleichtert.  
Man hat die Frage aufgestellt, inwieweit ein  
Unterschied zwischen Offensiv- und Defensiv-  
rüstungen gemacht werden soll. Glaubt der  
Völkerbundsrat wirklich, daß eine solche Frage  
auf einer Konferenz der Großmächte, die sich ge-  
genseitig mit Mißtrauen und Feindschaft gegen-  
übersehen, auch nur einigermaßen verständlich  
interpretiert werden kann? Jede Großmacht  
wird es mit Entzückung zurückweisen, wenn man  
von ihr behauptet, ihre Rüstungen seien offen-  
siv, und sie wird mit allem Nachdruck daran fest-  
halten, daß sie eine absolute Defensiv-Politik  
treibt. Schließlich ist es auch ganz gleichgültig,  
ob die Rüstungen eines Staates unter dem Vor-  
wand der Defensiv- oder unter anderen Vor-  
wänden vorgenommen werden, denn die Diplo-  
matie hat es noch immer verstanden, die militä-  
rischen Maßnahmen mit logenannnten „politischen  
Notwendigkeiten“ zu begründen.

Die vollständige Entwaffnung Deutschlands  
gibt den besten Beweis dafür, was man unter  
„Abrüstung“ zu verstehen hat. Wenn die ganze  
Konferenz einen Sinn haben soll, so kann sie  
doch nur das Ziel haben, die Entwaffnung der  
bis an die Zähne gerüsteten Großmächte herbei-  
zuführen, und zwar nach dem Grundsatz der voll-  
ständigen Gegenseitigkeit. Wozu hat der Völker-  
bund die Aufgabe übernommen, durch Schieds-  
gerichte und durch Schlichtungsversuche politische  
Streitigkeiten unter den Großmächten zu beseitigen,  
wenn er nach wie vor den Begriff der so ge-  
nannten Defensivrüstung anerkennt?

In Deutschland hat man das größte Inter-  
esse daran, an den Vorbereitungen zur Ab-  
rüstungskonferenz im größten Maße mitzuwirken.  
Die deutsche Politik muß darauf gerichtet  
sein, für den internationalen Abrüstungsge-  
danken zu kämpfen, weil das entwaffnete Deutsch-  
land nicht dauernd der Willkür seiner schwer be-  
waffneten Nachbarn ausgeliefert sein kann. Aller  
Voraussetzungen nach wird daher die Abrüstungs-

Konferenz zu einem diplomatischen Großkampf  
ersten Ranges führen, bei dem letzten Endes die  
Entscheidung einzig allein davon abhängt, ob  
der Abrüstungsgebanke oder der Gedanke der wirk-  
lichen Abrüstung durchgesetzt werden kann. Von  
vornherein ist es daher notwendig, daß man sich  
deutlicher gegen die Aufstellung des Begriffs  
der Defensivrüstung wendet, der zur völligen  
Umkehrung der gegebenen Tatsachen und der  
wirklichen Erfordernisse einer solchen Konferenz  
führen würde. Hoffentlich wird die Reichsregie-  
rung ihre besten Vertreter zu den Vorverhand-  
lungen entsenden, um in der Lage zu sein, den  
deutschen Standpunkt erfolgreich zur Geltung zu  
bringen.

Hindenburg, Luther und Stresemann bleiben in  
Berlin

Entgegen der Annahme, daß Dr. Luther  
und Dr. Stresemann Berlin für die  
Weihnachtsfeiertage verlassen würden und Dr.  
Göbler mit der Stellvertretung des Reichs-  
kanzlers beauftragt sein werde, ist festzustellen,  
daß der Reichskanzler, der am Sonntag in  
Eisen weilt, seit Montag wieder in Berlin  
weilt und auch die Feiertage über in der  
Reichshauptstadt bleibt. Ebenso wird  
der Reichsaußenminister erst nach den Feiert-  
agen Berlin verlassen, um unmittelbar  
nach Neujahr wieder zurückzukehren. Eben-  
falls wird der Reichspräsident Weihnachten  
im Kreise seiner Familie in Berlin ver-  
leben.

Nach den Feiertagen Empfang der Parteiführer  
beim Reichspräsidenten  
(Staats-Druckmeldeamt)

Berlin, 24. Dezember  
Wie wir erfahren, beabsichtigt Reichspräsident  
von Hindenburg Anfang der kommenden  
Woche die Parteiführer erneut zu empfan-  
gen, um mit ihnen die Regierungsbil-  
dung zu besprechen. Im Anschluß daran wird  
der Reichspräsident mit dem bisherigen Reichs-  
kanzler Dr. Luther konferieren, um eine mög-  
lichst schnelle Lösung der Regierungskrise zu er-  
möglichen. Es verläutet, daß Dr. Luther spätes-  
tens in den ersten Januartagen mit der Regie-  
rungsbildung beauftragt werden soll.

Weihnachtsfeier bei Hindenburg

Reichspräsident von Hindenburg veran-  
staltete am Mittwoch nachmittag in den Fest-  
räumen des Reichspräsidentenpalastes für das  
Personal seines Büros und seines Hauses eine  
Weihnachtsfeier. Der Reichspräsident  
beglückte die Festteilnehmer, die unter dem bren-  
nenden Weihnachtsbaum an einer Kaffeetafel  
Platz genommen hatten, mit herzlichen Worten.  
Staatssekretär Dr. Meißner dankte namens  
aller Angehörigen des Büros und des Hauses  
dem Reichspräsidenten für seine freundlichen  
Worte mit der Versicherung, daß jeder von ihnen  
es als eine besondere Ehre betrachte, unter dem  
Reichspräsidenten arbeiten zu dürfen.

### Einstellung der Dauerzahlungen?

Der Pariser „Figaro“ bringt ein Reuters-Tele-  
gramm, wonach Morgan und mehrere andere  
führende Bankiers von Wallstreet telegraphisch  
nach Washington ins Weiße Haus berufen sind,  
wo seit Montag die Besprechungen des Re-  
parationsagenten Parker Gilbert mit Da-  
wes vor sich gehen.

„World“ schreibt, die Großfinanz rechne all-  
gemein mit einer gänzlichen Einstel-  
lung der Daweszahlungen auf die  
Dauer eines Jahres, da früher keine Besserung  
der deutschen Wirtschaftskrise eintreten würde.

Man vergleiche damit unsere Mitteilungen  
im heutigen „Handels- und Wirtschafts-Anzei-  
ger.“ (D. Schrift.)

### Die Vereinigten Staaten gegen eine Milderung der Zahlungen

Wie die „Morning Post“ aus Washington  
meldet, haben die Vereinigten Staaten eine  
Milderung in der Sache der Daweschwie-  
rigkeiten nicht zuzustimmen können. Vizeprä-  
sident Dawes werde jedoch persönlich die Vor-  
aussetzungen für eine eventuelle Verschie-  
bung der fälligen Daweszahlungen prüfen und  
sich hierüber gutachtlich äußern, sobald die Re-  
parationskommission ihn dazu auffordere.

Die Haltung der New Yorker Großfinanz hänge  
von der endgültigen Stellungnahme des Vize-  
präsidenten Dawes ab.

Das ist die Auffassung, die in der New Yorker  
Presse allgemein zum Ausdruck kommt, während  
Gilbert über den Zweck seiner amerikanischen  
Reise sich weiterhin in Schweigen hüllt.

### Die Schwierigkeiten einer deutschen Anleihe

Der Plan, einen Teil der 5prozentigen  
deutschen Reichsbahn-Obligatio-  
nen, die unter dem Dawesplan geschaffen wur-  
den, als Basis für die Aufnahme einer  
Anleihe am deutsch-englisch-amerikanischen  
Markt zu machen, ist endgültig aufgegeben  
worden. Von diesen Obligationen dagegen sind  
zu unterscheiden die 7prozentigen Vorzugsaktien.  
Gegenwärtig wird von deutschen und ameri-  
kanischen Sachverständigen ernsthaft erwogen,  
den der deutschen Regierung von dieser Wert-  
papiergruppe zustehenden Anteil von einem  
Viertel als Sicherheit für die Aufnahme einer  
deutschen Anleihe zu verwenden.

Deutschlands Zahlungen nach der Rechnung der  
Reparationskommission und in Wirklichkeit

Nach Pariser Nachrichten hat die Reparations-  
kommission eine Aufstellung der gesamt-  
ten Zahlungen gemacht, die Deutschland  
seit 1919 an die Alliierten geleistet hat. Danach  
sollen sich die gesamten Einnahmen auf insge-  
samt 10 Milliarden 71 Millionen und  
319 000 Goldmark belaufen.

Diese Rechnung ist wieder einmal eine typische  
Täuschung, denn Deutschland hat vielmehr  
Leistungen in der verflochtenen Zeit gemacht, als  
durch diese Summen anerkannt wird. Die Re-  
parationskommission schätzt offenbar die deutschen  
Leistungen nach einer Rechnungsweise ab, die  
mit Adam Riese nichts mehr zu tun hat, die aber  
wohl dem Geiste von Locarno, wie man ihn in  
Paris auffaßt, entspricht.

Eine neutrale Stelle, das Washingtoner In-  
stitut of Economics, hat die deutschen Leistungen,  
die bis zum Jahre 1923 erfolgt sind, bereits auf  
25,8 Milliarden veranschlagt, und nach den  
Berechnungen, die auf deutscher Seite angestellt  
worden sind, übersteigt die Gesamtsumme der von  
Deutschland geleisteten Werte in diesen Jahren  
bereits ein halbes hundert Milliarden.

Es ist kein Gedanke daran, daß Deutschland  
die willkürliche Berechnung der Gegenseite aner-  
kennt, es wird im Gegenteil, sobald dies offiziell  
zur Kenntnis gebracht wird, auf das stärkste  
energischen Einspruch erheben und gegebe-  
nenfalls die im Vertrag von Locarno liegenden  
Möglichkeiten probeweise ausnützen, um eine  
schiedsgerichtliche Entscheidung über die deutschen  
Leistungen herbeizuführen.

### Noch immer Abbau bei der Reichsbahn?

Die Londoner „Evening Times“ erfahren aus  
Kreisen der internationalen Verwaltung der  
deutschen Reichsbahn, daß innerhalb der  
nächsten fünf Monate 32 500 Beamte und  
Arbeiter zum Abbau kommen. Ob damit  
die Rentabilität der Reichsbahn gesichert  
ist oder ob noch Tarifsteigerungen erforderlich  
sein würden, lasse sich jetzt noch nicht überblicken.

### Die Not des Ruhrbergbaues

Wie die Berliner Morgenblätter melden,  
sand am Dienstag in Essen eine Besprechung

zwischen Vertretern der christlichen Arbeiterbewe-  
gung, des christlichen Unternehmertums, der  
Geistlichkeit und einigen Zentrumsabgeordneten  
statt.

Die Konferenz befaßte sich eingehend mit der  
gegenwärtigen großen Notlage des  
Ruhrbergbaues, insbesondere der Ar-  
beiterchaft. Von maßgebender Unterneh-  
merseite wurde die Bereitwilligkeit  
erklärt, in kürzester Frist eine Zusammen-  
kunft der Bergarbeiterführer und der  
Bergbauvertreter herbeizuführen, um in  
vertrauensvollster Zusammenarbeit Mittel und  
Wege zur Behebung der Schwierigkeiten zu  
suchen. Einmütigkeit herrschte weiter darüber,  
daß eine gleichartige Zusammenarbeit aus dem  
Bewußtsein gemeinsamer Verantwortlichkeit für  
das deutsche Volk auch auf allen anderen Wirt-  
schaftsgebieten Pflicht aller Beteiligten sei.

### Entlassungen als Folge der Lohnerhöhungen

Infolge der Verbindlichkeitsklärung des  
Schiedsgerichts in der rheinisch-westfälischen  
Eisen- und Stahlindustrie werden am 31. Dezem-  
ber die Unternehmer zu umfangreichen Ent-  
lassungen schreiten müssen, da keine Ge-  
lde und auch keine anderen Ein-  
nahmemöglichkeiten vorhanden sind, um  
die Mehrkosten des Schiedsgerichts zu decken. Vor-  
aussichtlich kommen zunächst etwa 1600 Arbeiter  
zu Entlassung.

### Die Notlage der künftungslosen älteren Angestellten

Der sozialpolitische Ausschuß des vorläufigen  
Reichswirtschaftsrates hat einstimmig zur No-  
tlage der älteren Angestellten einen  
Antrag angenommen, der die Reichsregierung er-  
sucht, allen älteren erwerbslosen Angestellten  
eine sofortige einmalige Unter-  
stützung von mindestens 100 Reichsmark zu  
gewähren, die erforderlichen Beträge durch das  
Reich aufzubringen und die Dauer der Erwerbs-  
lojenunterstützung für ältere Angestellte bis auf  
52 Wochen zu erhöhen. Der Beschluß ist sofort  
der Reichsregierung übermittelt worden.

### Gräfin Bothmer aus der Haft entlassen

Gestern nachmittag ist Gräfin Elinore von  
Bothmer auf Veranlassung des vernehmen-  
den Richters auf freien Fuß gesetzt wor-  
den. Frau v. Bothmer hatte dem Gericht mitge-  
teilt, daß sie sich in Berlin aufhalten werde und  
den Behörden jederzeit zur Verfügung stehe.

Die „Vossische Zeitung“ meldet dazu, daß der  
Potsdamer Oberstaatsanwalt gegen die  
Haftentlassung der Gräfin Bothmer Be-  
schwerde einlegen wolle. Der Prozeß wegen  
Urkundenfälschung der Gräfin Bothmer dürfte  
bereits Mitte Januar stattfinden. Nach einer  
weiteren Blättermeldung hat die Gräfin Both-  
mer gegen die einstweilige Verfügung ihres  
Mannes, die ihr das Betreten ihrer Wohnung  
in Potsdam verwehrt, Einspruch erhoben.

### Rußland tritt dem Völkerbund nicht bei

#### Eine unzweideutige Erklärung Tschitcherins

Von verschiedenen Interessenten des Völker-  
bundes wird immer mit der Behauptung ge-  
arbeitet, daß auch Rußland den Eintritt in  
die Gesellschaft der Nationen in Erwägung ziehe  
und nur eine günstige Gelegenheit, um die ent-  
sprechende politische Schwendung vorzunehmen,  
abwarte. Diesen Zweckerwartungen tritt der rus-  
sische Volkskommissar Tschitcherins mit einer  
der „Roten Fahne“ gegebenen Erklärung  
entgegen, in der es heißt:

In dem Augenblick, wo ich Deutschland ver-  
lasse, möchte ich durch die Vermittlung der  
„Roten Fahne“ noch einmal bekanntmachen, daß  
die Sowjetunion nach wie vor fest